

28. Juni
5 / 2018
www.landtag-mv.de



+++ EU-Debatte in der Aktuellen Stunde +++ Rauchverbot auf Spielplätzen? +++ Landlehrer gesucht +++ EU-Datenschutz-Grundverordnung für Vereine +++ Norddeutsche Philharmonie Rostock Thema im Petitionsausschuss +++ Anhörung zum Vergaberecht +++ 10. Altenparlament M-V +++ Das war der „Tag der offenen Tür“ des Landtages



Foto (Uwe Sinnecker): Orangerie und Hauptturm des Schweriner Schlosses

3	Gastkolumne	Udo Roll (Schweriner Volkszeitung) kommentiert die Themenwahl der AfD für die Aktuelle Stunde.
4–13	AUS DEM PLENUM	
4–5	Aktuelle Stunde	„Macrons und Merkels EU ist nicht unser Europa“
6–11	Berichte	Erste Lesung Änderung Nichtraucherchutzgesetz (Rauchverbot auf Spielplätzen) Rahmenbedingungen für Lehrkräfte weiter verbessern – Modellprojekt für den ländlichen Raum starten Produktionsschulen zukunftsfähig machen Datenschutz-Grundverordnung für Vereine aufbereiten
12	Weitere Beschlüsse	Zweite Lesung Lebensmittelchemikergesetz Zweite Lesung Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetz und Schiffsabfallentsorgungsgesetz Fahrtkostenzuschuss für Azubis an beruflichen Schulen
13	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
14–19	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Petitionsausschuss:</i> Öffentliche Sitzung zur Norddeutschen Philharmonie Rostock <i>Innen- und Europausschuss:</i> Besuch des Terrorabwehrzentrums Berlin <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zum Vergaberecht <i>Bildungsausschuss:</i> Besuch des Förderzentrums „Hören“ in Güstrow <i>Sozialausschuss:</i> Zweite Anhörung „Jung sein in M-V“ Anhörung zur Altersbestimmung minderjähriger Flüchtlinge
20–27	PANORAMA	Präsidentenkonferenz auf Schloss Ettersburg bei Weimar 10. Altenparlament von Mecklenburg-Vorpommern „Das persönliche Dutzend“: Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin des Landtages Erinnerung in Schönschrift - Blick ins Gästebuch des Landtages Rückblick: Das war der „Tag der offenen Tür“ im Landtag Vorschau: Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“ im September
28	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 15.06.2018

Eine Diskussion am falschen Platz



Foto: Reinhard Klawitter

Udo Roll ist Redakteur der Schweriner Volkszeitung und zuständig für die Berichterstattung aus dem Landtag.

■ Über die aktuelle Europapolitik wurde im Parlament erbittert diskutiert – der AfD-Abgeordnete Christoph Grimm zeichnete ein düsteres Bild. Aus seiner Sicht stecken Europäische Union und Euro in der tiefsten Krise ihrer Existenz. Die Souveränität der Nationalstaaten werde stückchenweise abgeschafft. Deutschland solle sich in Europa auflösen wie ein Stück Würfelzucker.

Aber was bedeutet die aktuelle Europapolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron eigentlich für Mecklenburg-Vorpommern?

Doch darauf ging der AfD-Abgeordnete gar nicht ein. Er schaffte es nicht einmal ansatzweise, eine Verbindung zwischen EU und M-V herzustellen.

Andererseits hadern die Fischer mit den EU-Regelungen zum Fischfang in der Ostsee. Die komplexe EU-Datenschutzverordnung sorgt auch hierzulande für Verunsicherung.

Darüber lässt sich im Parlament konkret diskutieren, es können dazu Forderungen an die zuständigen Minister und die Landesregierung gestellt und Lösungen eingefordert werden. Der Landtag kann aber keinen Einfluss auf die Europapolitik der Bundesregierung nehmen. Insofern muss sich die AfD den Vorwurf aus den Reihen der anderen Fraktionen zu Recht gefallen lassen, eine Diskussion am falschen Platz geführt zu haben. Oder wie es Innenminister Caffier ausdrückte: "Es ist populär und einfach, auf Europa zu schimpfen."

“ *Bezüge zwischen EU
und Mecklenburg-Vorpommern
gibt es zur Genüge.* ”

Es waren provokante Thesen und Ansichten, mit denen Grimm in der von seiner Fraktion beantragten Aktuellen Stunde „Macrons und Merkels EU ist nicht unser Europa“ aufwartete. Und fast schon erwartungsgemäß verlief die Debatte nach dem Schema „einer gegen alle“. Mitglieder der Regierungsfractionen SPD und CDU widersprachen der Darstellung vehement und verteidigten die Europapolitik der Bundesregierung. DIE LINKE erinnerte daran, dass die EU einer der wichtigsten Garanten für den seit Jahrzehnten herrschenden Frieden auf dem Kontinent sei und Kleinstaaterei sowie Nationalismus in einer Sackgasse endeten.

Dabei heißt es doch unmissverständlich in der Geschäftsordnung des Landtages zur Aktuellen Stunde: „Gegenstand der Kurzdebatte können Angelegenheiten aus dem Bereich der Landespolitik und Äußerungen von Landespolitikern oder Landesbediensteten von besonderer politischer Bedeutung sein ...“

Und Bezüge zwischen EU und M-V gibt es zur Genüge – positive wie negative. So profitiert das Land von Fördermitteln. Bis 2020 wird Mecklenburg-Vorpommern rund zehn Milliarden Euro aus Brüssel erhalten haben, wie Innenminister Lorenz Caffier vorrechnete.

Udo Roll



Christoph Grimm (AfD)



Innenminister Lorenz Caffier



Karsten Kolbe (DIE LINKE)

Braucht Europa mehr oder weniger EU?

Europapolitik sorgt für hitzigen Auftakt in die Sitzungswoche

Mehr als 120 Zwischenrufe. 44-mal Beifall. Zwei mahnende Glockenschläge der Vizepräsidentin. All das in 52 Minuten. Es ging hitzig zu am 30. Mai, beim Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde. Zur Debatte stand auf Antrag der AfD-Fraktion die Europapolitik. Diskutiert wurde unter der Überschrift „Macrons und Merkels EU ist nicht unser Europa“. Die AfD sieht die EU in einer tiefen Krise und forderte, sich auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der 1950er- und 1960er-Jahre zu besinnen. Die meisten anderen Redner hoben neben Problemen vor allem die Errungenschaften des Staatenbündnisses hervor.

„Die EU und der Euro stecken in der tiefsten Krise ihrer Existenz“, sagte **Christoph Grimm** (AfD). Die Briten hätten sich für den Brexit entschieden, Italien befinde sich in einer Staatskrise, der Euro habe große Probleme, die Verteilung der Flüchtlinge ende in Streit und überall werde gespart. Wer in dieser Situation „noch mehr Europa fordert“, handele „grundfalsch“ und zerstöre es nur. Er mahnte zu „längst überfälligen Reformen“ und erinnerte an das „alte Europa mit der deutsch-französischen Achse Adenauer – de Gaulle“. Das sei „anerkannt und geachtet“ gewesen und habe auch „ökonomisch funktioniert“. Die EU von heute beruhe dagegen „auf Illusionen“, entwickle sich „immer mehr zum Moloch“ und schaffe die Souveränität der Nationalstaaten Stück für Stück ab. „Deutschland soll sich in Europa auflösen wie ein Stück Würfelzucker in der Tasse Kaffee.“ Da brauche sich doch niemand zu wundern, wenn sich überall in Europa Euro- und EU-skeptische Parteien bilden. Diese ließen sich auf Dauer auch nicht „als Rechtspopulisten diffamieren“. „Ein einiges Europa des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes kann es nur unter Bewahrung souveräner Nationalstaaten geben.“ Die Pläne des französischen Staatspräsi-

denten Macron für noch mehr Solidarität und eine Bankenunion könnten hingegen zu einer „tödlichen Umarmung“ für Deutschland werden. Die Devise seiner Fraktion laute: „Zurück in die Zukunft. Besinnen wir uns auf die EWG!“

„Kleinstaaterei und Nationalismus sind eine Sackgasse“, entgegnete Innenminister **Lorenz Caffier**. „Die Europäische Union ist ein Erfolgsmodell.“ Sie stehe für Freiheit, Frieden, Wohlstand und Demokratie. „Noch nie ging es den Menschen in Europa und insbesondere Deutschland so gut wie heute.“ Auch Mecklenburg-Vorpommern ziehe große Vorteile aus dieser Gemeinschaft. 2020, zum Ende der laufenden Förderperiode, werde das Land insgesamt rund zehn Milliarden Euro aus Brüssel erhalten haben. Es komme auch nicht von ungefähr, dass die EU mit nur sieben Prozent der Weltbevölkerung 25 Prozent der Weltwirtschaftsleistung erwirtschaftete. „Das Europa von heute ist so erfolgreich, dass es für uns eine Selbstverständlichkeit geworden ist.“ Natürlich liege auch manches im Argen. „Das ist ohne Zweifel so.“ Darauf zu schimpfen, sei „einfach“ und „populär“ – aber nicht hilfreich. „Veränderungen anzuschieben, das ist doch unsere ge-

meinsame Aufgabe.“ Der AfD stehe es selbstverständlich zu, das anders zu sehen. Nur wisse niemand so recht, was sie stattdessen wolle. „Deshalb die Frage an Sie: Ist vielleicht Putins Russland Ihr Vorbild für Europa?“ Oder Orbáns Ungarn? Oder Kaczyńskis Polen? „Wenn das so ist, wenn Sie eine Rückkehr des Nationalismus und Egoismus wollen, wenn Sie die Zersplitterung Europas und eine erneute Blockbildung wollen, dann seien Sie ehrlich und bekennen Sie sich zu Ihren Vorstellungen!“

Dem schloss sich **Karsten Kolbe** (DIE LINKE) an. Auch er fände es spannend zu erfahren, wie das Europa der AfD aussehen soll. Weil er sich schon gedacht habe, dass in der Aktuellen Stunde dazu nichts kommen werde, habe er mal im AfD-Wahlprogramm von 2016 geblättert – und sei auf den 22 Seiten genau einmal auf „EU“ gestoßen. „Das ist mal wieder typisch: Die selbsternannte Alternative hat mal wieder keine Alternative.“ Er forderte die AfD auf, sich hier „klipp und klar“ von „den Orbáns, Kaczyńskis und Straches“ abzugrenzen, wenn sie es mit der Demokratie ernst meine. Seine Partei sei mit der derzeitigen Ausrichtung der EU auch nicht einverstanden, so Kolbe. „Das heißt aber ausdrücklich nicht, anti-europäisch zu sein.“ Wer globale Herausforderungen erfolgreich meistern wolle, brauche nicht weniger, sondern mehr Europa – und neue Konzepte. Die Politik der „Autorität und Kürzung“ sei gescheitert. „Wer die Europäische Union nicht vollends gegen die Wand fahren will, muss endlich kräftig auf die Bremse treten und den



Dirk Friedriszik (SPD)



Bernhard Wildt (BMV)



Vincent Kokert (CDU)

Fotos: Uwe Sinnecker

Blinker nach links setzen für eine soziale und friedliche EU.“ Dazu gehörten ein gemeinsames Investitionsprogramm, europaweite Mindestlöhne und soziale Standards und kein Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. „Wir brauchen auch kein Europa, das weiter militarisiert wird und im Osten mit den Säbeln rasselt, sondern endlich einen fairen Dialog auf Augenhöhe mit Russland.“

„Die AfD behauptet, sie sei für Europa. Aber sie reagiert auf Herausforderungen in Europa rückwärtsgewandt, mit Abkapselung, ja mit Abschottung“, hielt **Dirk Friedriszik** (SPD) fest. „Das Europa der AfD würde Deutschland nicht stärken, sondern schwächen.“ Ja, die EU sei nicht frei von „Konstruktionsmängeln“. Unterm Strich bleibe sie aber „ein beispielloser historischer Erfolg“. „In keiner Region der Welt leben die Menschen so frei und demokratisch, so friedlich und sicher wie in Europa.“ Im Zuge von Finanz-, Wirtschafts- und Flüchtlingskrise habe das Staatenbündnis viel Vertrauen verloren. „Nationale Gegensätze und Egoismen sind zurückgekehrt und populistische Anti-EU-Bewegungen entstanden.“ Das könne aber nicht die Lösung sein. „Ein Europa der Einzelstaaten spielt politisch und wirtschaftlich in der Welt kaum noch eine Rolle.“ Global betrachtet, werde Europa nur dann eine Stimme haben, wenn es eine gemeinsame sei. „Eine Vertiefung der Europäischen Union ist daher kein Verlust, sondern ein Gewinn an Souveränität, die einzelne Nationalstaaten in Europa nicht mehr hätten.“ Auf diesem Weg komme Deutschland und Frankreich „eine besondere, gemeinsame Verantwortung“ zu. Ziel müsse eine stärkere Abstimmung in der Wirtschafts- und Währungspolitik sein. „Wir brauchen

eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion.“ Dazu gehörten ein europäischer Währungsfonds und ein gerechteres Steuersystem.

Nach Ansicht von **Bernhard Wildt**, Fraktionschef der BMV, werde die Europäische Union sowohl von innen als auch von außen bedroht. Durch „verantwortungslose Politiker“, die die „zahlreichen Probleme“ entweder „schönreden“ oder „dramatisieren“. Beides löse sie aber nicht. „Verantwortungsvolle Politiker versuchen, sie zu benennen, zu analysieren und vernünftige Lösungsvorschläge zu entwickeln“ – und zwar mit Blick auf die eigenen Möglichkeiten. Dazu werde die Diskussion gerade an falscher Stelle geführt. Sie werde am Ende weder einen Einfluss auf den französischen Präsidenten noch auf die Bundeskanzlerin haben. „Wir sollten uns lieber mit aktuellen Themen unseres Landes beschäftigen, die wir auch beeinflussen können.“ Zum Beispiel das Verhältnis zu Polen. Er forderte die Ministerpräsidentin auf, die Zusammenarbeit zu intensivieren. „Pommern sollte die Brückenkopfgregion werden, die Deutschland und Polen verbindet und dabei den beiderseitigen Wohlstand mehrt. Vorpommern alleine hat keine Chance, Anschluss an die Metropolregion Hamburg zu bekommen. Aber in Verbindung mit Stettin sind Aufholprozesse realistisch.“ Dazu brauche es auch Unterstützung aus dem Landtag heraus. „Das Ziel ist leicht formuliert: Lasst uns gute Nachbarn sein.“

Krisengebeutelter Euro, Abkehr vom europäischen Gedanken, Wirtschaftsnachteile – alles „Quatsch“, kommentierte CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** die Rede der AfD. „Der Euro ist die stabilste Währung, die es in Europa jemals gegeben hat, viel stabiler als die D-Mark.“ Die

Zustimmung zu Europa sei so hoch, die Wirtschaft so erfolgreich wie noch nie. 75 Prozent des Exportüberschusses der EU stamme aus Deutschland. „Also erzählen Sie doch nicht immer solche Märchen, dass unser Wirtschaftsraum mit der Europäischen Union Schaden nimmt. Wir sind der größte Profiteur!“ Wer meine, dass Deutschland ohne die EU besser dastünde, der denke rückschrittlich. „Was glauben Sie, welche Rolle dieses kleine Deutschland im Kanon der anderen Völker spielen würde?“ Mit Blick auf Milliardenvölker wie China und Indien mute selbst die Europäische Union mit ihren 500 Millionen Einwohnern vergleichsweise klein an. Es erfülle ihn mit Stolz, dass Städte wie Barcelona, London und Madrid heute „quasi vor der Haustür liegen“ und jeder überall studieren könne. Als Kind sei das für ihn wie eine Reise zum Mond gewesen. „Ja, Sie nicken jetzt alle! Aber dann benennen Sie doch auch mal die Vorteile von Europa! Das ist doch der Vorteil der nachfolgenden Generationen: Die können sich tatsächlich als Europäer fühlen.“ Auch dafür brauche es nicht weniger, sondern mehr europäische Zusammenarbeit.



Die vollständige Debatte können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen. www.landtag-mv.de

Fit für die Zukunft?

DIE LINKE fordert Finanzierungs-konzept für Produktionsschulen

■ DIE LINKE ist in Sorge um die fünf Produktionsschulen im Land. Hier können Jugendliche, die im regulären Schulsystem gescheitert sind, in Werkstätten praktische Erfahrungen sammeln und ihren Schulabschluss nachholen. Ziel ist es, sie in eine Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln. Finanziert werden die Einrichtungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), kommunalen Zuschüssen und dem Verkauf der hergestellten Produkte. Außerdem kaufen Arbeitsagenturen und Job-Center Plätze ein. Die Bundesagentur für Arbeit fährt die Zahl ihrer Plätze nun jedoch zurück. 2020 läuft zudem die aktuelle ESF-Förderperiode aus. DIE LINKE forderte deshalb vom Land, aktuelle Finanzlücken mit Landesmitteln zu schließen sowie bis Jahresende ein Konzept zur dauerhaften Finanzierung der Schulen vorzulegen. Die Koalitionsfraktionen lehnten den Antrag ohne Ausschuss-Überweisung ab.

In den Produktionsschulen gehe die Angst um. Die erste melde bereits „Land unter“, legte **Henning Foerster** (DIE LINKE) dar. Durch den Ausstieg der Bundesagentur für Arbeit fehlten der Schule in Waren in diesem Jahr 23.000 Euro und im kommenden 120.000 Euro. Ohne Hilfe müsse die Einrichtung „nach 18 Jahren aufopferungsvoller Arbeit für Jugendliche, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, dicht machen“. Der Landkreis habe bereits mitgeteilt, sich nicht über die bereits zugesagten Mittel hinaus engagieren zu können. „Diese akute Situation war der Anlass, Ihnen heute diesen Antrag vorzulegen.“ Denn: Nach Einschätzung seiner Fraktion sei die Landesregierung an dieser Misere „nicht ganz unschuldig“. „Sie hat das Problem trotz klarer Analysen von Fachexperten bislang ausgesessen.“



Foto: Jens Büttner

In den Produktionsschulen können Schul- oder Ausbildungsabbrecher, junge Menschen ohne Ausbildungsplatz oder junge Arbeitslose in verschiedenen Werkstätten praktische Erfahrungen sammeln, zum Beispiel in der Holzbearbeitung.

Ein Vorwurf, den Sozialministerin **Stefanie Drese** zurückwies. Sie wisse sehr wohl, welch „wichtigen Beitrag“ die Schulen leisten, um junge Menschen mit schwieriger Vermittlungsperspektive in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. „Genau aus diesem Grund hat sich die Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung unmissverständlich dazu bekannt, die Produktionsschulen bis 2022 mit jährlich zwei Millionen Euro zu fördern.“ Eine Planung, die so langfristig sei, wie bei keinem der anderen Finanzierungspartner. Mit zunehmendem Mangel an Azubis seien Unternehmen allerdings viel stärker bereit, junge Menschen selbst gezielt zu fördern. Das bringe für die Produktionsschulen natürlich Probleme mit sich. Die Einrichtungen hätten sich aber auch deshalb über Jahrzehnte bewährt, „weil sie flexibel und spezifisch auf Entwicklungen reagiert haben“. Die Landesregierung werde auch weiterhin „in regelmäßigen Beratungen“ mit allen Akteuren die Bedarfslage ausloten und ein „bedarfsgerechtes Produktions-schulangebot entwickeln“. Dazu brauche es „keine gesonderte Aufforderung“ der Linken.

Stephan J. Reuken (AfD) fragte sich, warum die Agentur für Arbeit trotz gleichbleibenden Mittelwerts bei den Schülerzahlen ihre Gelder reduziere. „Das liegt lediglich an einem Vertrag, der im August dieses Jahres ausläuft.“ Völlig offen bleibe derzeit, wie es mit den Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds weitergehe. „Er stellt immerhin fast die

Hälfte der Finanzierung.“ Sollte das Land den Betrag ausgleichen müssen, wären das innerhalb von sechs Jahren 40 Millionen Euro. Das mache ein Konzept für die Zeit nach 2020 durchaus „sinnvoll“. Auch das Finanzierungssystem an sich gehöre auf den Prüfstand. „Einige Produktionsschulen werden von mehr als vier verschiedenen Stellen finanziert, die alle ihre eigenen Regeln, Verordnungen und Bestimmungen für die Mittelvergabe haben.“ Er regte an, das Landeskonzept für den Übergang von der Schule in den Beruf aus dem Jahre 2014 in eine gesetzliche Regelung zu überführen – inklusive Finanzierung. „Wir werden uns zum passenden Zeitpunkt nicht verschließen, konstruktiv über die finanzielle Sicherung der Produktionsschulen zu diskutieren.“

Maika Friemann-Jennert (CDU) warf den Linken vor, sich als „Retter der Produktionsschulen“ aufzuspielen, dabei jedoch „zentrale Fakten“ außen vor zu lassen. „Auch wir möchten, dass die Produktionsschulen ihrer wichtigen Funktion weiter nachkommen.“ Allerdings gelte auch für sie das Prinzip von Angebot und Nachfrage. Bei 11.000 Ausbildungsplätzen für 9.000 Bewerber profitierten auch viele Jugendliche, „die in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten womöglich keinen Ausbildungsplatz erhalten würden“. So betrachtet, sei der Rückzug der Agentur für Arbeit „ein gutes Signal für den Arbeitsmarkt“ und ein „Indiz für das Wirken einer vorsorgenden Landespolitik“. Nichtsdestotrotz nehme ihre Fraktion die Situation in



Foto: Uwe Sinnecker

Durch die runde Anordnung der Plätze im Plenarsaal des Landtages haben sich die Bedingungen für eine lebendige Debatte wesentlich verbessert.

Waren „sehr ernst“. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Gespräche auf Ebene der Landkreise eine für die Produktionsschule förderliche Lösung bezwecken können.“ Dass das Land Fehlbeträge für 2018/2019 ausgleiche, gehe „so einfach natürlich nicht“. Wie es darüber hinaus im Falle einer ESF-Kürzung weitergehe, werde die CDU „zu einem geeigneten Zeitpunkt“ mit der SPD besprechen.

Martina Tegtmeier (SPD) nannte den Antrag „überflüssig“. Die Ministerin habe ausgeführt, dass sie die Punkte bereits bearbeite. Tegtmeier erinnerte daran, dass EU-Fördermittel immer an bestimmte Voraussetzungen geknüpft

sein. Die Produktionsschulen im Land hätten zweifelsfrei „beachtliche Erfolge“ vorzuweisen. „Aber die Forderung der EU ist noch einen Tick höher. Das wird bei der Neuausrichtung der Förderprogramme möglicherweise eine Rolle spielen, auf die wir gefasst sein müssen.“ Die Produktionsschulen wüssten „ganz genau“, dass die veränderte Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sie vor neue Herausforderungen stelle. „Es ist ja nicht das erste Mal, dass sie sich weiterentwickeln müssen.“ Dass die Schulen auf damit verbundene Probleme aufmerksam machen und sich dafür einsetzen, von der Landesregierung nicht aus dem Blick verloren zu

werden, sei verständlich. Die Ministerin habe hier jedoch einen „guten Rund-umausblick“ gegeben, wie das Land gedenke, mit der Gesamtsituation umzugehen – „sodass ich meiner Fraktion empfehlen kann, Ihren Antrag abzulehnen“.

„Vieles von dem, was ich von der Ministerin und den Regierungsfractionen gehört habe, erinnert mich ein bisschen an Silvester.“ An den Sketch „Dinner for one“ mit seinem Running Gag „The same procedure as every year“, resümierte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Seit Jahren heiße es immer wieder, die Produktionsschulen seien sicher. „Auch heute haben Sie den Eindruck erweckt, als gebe es gar keine Probleme.“ Auf die hätten Sachverständige jedoch schon 2016 in der Anhörung im Sozialausschuss hingewiesen. Dass seitdem „nichts Signifikantes passiert ist“, führe zu Frust an den Schulen. Das „allgemeine Bla-Bla“ über pauschale Entwicklungen am Ausbildungsmarkt helfe niemandem. „Wir reden hier über eine ganz bestimmte Gruppe nicht ausbildungsfähiger, schulaversiver Jugendlicher.“ Und denen sei nicht damit geholfen, statt Geld die Koalitionsvereinbarung nach Waren zu schicken und so zu tun, als ob alles in Ordnung sei. „Das ist doch eine Farce!“

Antrag DIE LINKE
Drucksache 7/2157

Produktionsschulen in M-V

- Produktionsschule Vorpommern-Rügen (Stralsund)
- Produktionsschule Vorpommern-Greifswald (Wolgast und Torgelow)
- Produktionsschule Westmecklenburg (Schwerin)
- Produktionsschule Müritz (Waren/Müritz)
- Hanse Produktionsschule (Rostock)

An den fünf Produktionsschulen stehen 350 Plätze für junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren zur Verfügung. Sie wenden sich unter anderem an Schul- oder Ausbildungsabbrecher, junge Menschen ohne Ausbildungsplatz oder junge Arbeitslose. In verschiedenen Werkstätten sammeln sie praktische Erfahrungen, zum Beispiel in der Metall- und Holzbearbeitung, Landschaftspflege, Tierhaltung, Hauswirtschaft oder im künstlerischen Gestalten. Nach Angaben der Produktionsschulen wurden im Zeitraum von 2011 bis 2017 insgesamt 559 junge Menschen in Ausbildung oder in Arbeit vermittelt.

Quelle:
Antwort der Landesregierung auf eine Kleine
Anfrage des Abgeordneten Henning Foerster
(Drucksache 7/1059)

Lehrer fürs Land gesucht

Modellprojekt soll ländliche Schulen attraktiver machen

■ **Mecklenburg-Vorpommern braucht neue Lehrer. Nicht nur, aber vor allem auf dem Land. Wie also kann man ihnen diese Regionen als Arbeitsort schmackhafter machen? Antworten darauf soll ein zweijähriges Modellprojekt finden. Damit verbunden ziehen SPD und CDU in ihrem Antrag in Erwägung, Lehramtsstudenten bei schulpraktischen Übungen mit einem Fahrtkostenzuschuss zu unterstützen. Unabhängig davon sollen die Bewerbungsfristen für das Referendariat sowie die Zeiträume, um Zeugnisse nachzureichen, bewerbungsfreundlicher gestaltet werden.**

Mehr Geburten, neue Schulen, große Ruhestandswelle: „Wir brauchen in den nächsten Jahren sehr viele Lehrer“, führte **Andreas Butzki** (SPD) an. So, wie viele andere Bundesländer auch. Wer in diesem Wettbewerb bestehen möchte, müsse „gute Anreize“ schaffen. Dazu habe das Land bereits vieles auf den Weg gebracht, darunter die Verbeamtung bis zum 40. Lebensjahr, Anerkennung von DDR-Abschlüssen und Bezahlung der Regionalschullehrer nach E13, ein Seiteneinsteigerkonzept und Vertretungslehrerprogramm sowie mehr Referendarplätze. Im bundesweiten Konkurrenzkampf um Lehrer seien jedoch weitere Schritte gefragt. Gerade in ländlichen Gegenden. Zum Beispiel durch Zuschüsse zu Fahrtkosten und Mieten oder attraktive Arbeits- und Wohnbedingungen. In dem Modellprojekt gehe es nun darum, umsetzbare Vorschläge zu entwickeln.

„Ja, wir haben einen Lehrerbedarf. Aber wir haben Gott sei Dank noch keinen Lehrermangel.“ Bildungsministerin **Birgit Hesse** begrüßte, dass der Antrag an einem „sehr neuralgischen Punkt“ ansetze: „dem Übergang vom Studium ins Lehramt“. Mecklenburg-Vorpommern brauche überall Lehrer. „In den größte-



Foto: Jens Büttner

Mecklenburg-Vorpommern steht im bundesweiten Konkurrenzkampf um Lehrerinnen und Lehrer, gerade in ländlichen Gegenden.

ren Städten sind ausgeschriebene Stellen in der Regel jedoch leichter zu besetzen als im ländlichen Raum.“ Auf der Suche nach Anreizen könne sie sich auch vergünstigte Baudarlehen vorstellen. „Da bin ich persönlich ganz offen.“ Lehramtsstudenten einen Fahrtkostenzuschuss für Praktika zu zahlen, halte sie für eine gute Idee. „Das nimmt ihnen ein Hemmnis, eine solche Schule in Betracht zu ziehen.“ Die Bewerbungsfristen für Referendare habe die Landesregierung bereits angepasst – mit einem dritten Einstellungstermin an Grundschulen und Regionalen Schulen zum 1. Oktober. Am Auswahlverfahren für Gymnasien werde sich dagegen nichts ändern. Hier gebe es so viele Bewerber, dass am Ende die Hochschulnote entscheide. „Liegt diese nicht fristgerecht vor, fällt die Bewerbung leider durchs Raster.“

„Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis“, fasste **Jörg Kröger** die Ansicht der AfD zu einem Modellprojekt zusammen. „Mit diesem Antrag wird lediglich Zeit verbrannt. Zeit, die wir nicht mehr haben.“ Bis klar sei, welche Anreize umgesetzt werden sollen und was das koste, sei der nächste Doppelhaushalt längst verabschiedet. „Damit würden wir das Problem auf die nächste Legislaturperiode übertragen“ – was aber gar nicht möglich sei, da unerledigte Anträge mit dem Ende einer Wahlperiode verfielen. Verwundert zeigte er sich über den Meinungswandel von SPD und CDU in Sachen Fahrtkostenzuschuss. Vor wenigen Monaten habe es auf „fast denselben“ Vorschlag

der Linken noch geheißen: brauche man nicht. Auch diesmal warnte die AfD davor, Lehramt-Studenten und Absolventen anderer Studiengänge ungleich zu behandeln. Seine Fraktion könne sich deshalb „einzig“ der Forderung nach praktikableren Bewerbungsfristen anschließen. Die sollten eigentlich aber auch „eine Selbstverständlichkeit sein“.

„Das kann man natürlich so machen wie Herr Kröger: Man kritisiert einfach jeden Punkt des Antrags“ – bleibe selbst aber Inhalte schuldig, wandte **Marc Reinhardt** (CDU) ein. „Das ist ein ziemlich inhaltsleeres Manöver.“ Er jedenfalls sei froh, die SPD als Koalitionspartner „nach längeren Verhandlungen“ von diesem Antrag überzeugt zu haben. Denn: „Bis 2025 müssen wir 7.500 Lehrerstellen besetzen.“ Lehramt-Studenten Fahrtkosten-Zuschüsse zu zahlen, halte er dabei für ein „wichtiges Signal“, um ländliche Regionen als Arbeitsort attraktiver zu machen. Bei vielen Maßnahmen komme es auch auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen an. „Hier geht es vielleicht darum, wie kann man günstig an Wohnraum oder Bauland kommen?“ Oder: Welche Vereine oder Kulturangebote gibt es? Er schlug vor, ein Netzwerk von Kommunen zu bilden, „die ähnliche Probleme haben und sich dann gemeinsam aufmachen, diese zu lösen“.

Seine Fraktion mache seit Jahren Vorschlag um Vorschlag, um die Bedingungen für Lehrer zu verbessern: Gehaltsanpassungen für Grundschullehrer,

variable Stunden gegen Unterrichtsausfall, Altersteilzeitmodelle, bessere Vergütung für Schulleiter, Erhöhung der Anrechnungsstunden, rief **Karsten Kolbe** (DIE LINKE) in Erinnerung. Stetiges Ergebnis: „Abgelehnt!“ Auch den Nutzen eines Fahrtkostenzuschusses habe Ministerin Hesse einst in Zweifel gezogen. Und jetzt soll es ein Modellprojekt richten, das frühestens 2023/2024 Erkenntnisse liefern werde. „Dann gibt es die kleinen Schulen auf den Dörfern mangels Lehrkräften vielleicht schon gar nicht mehr.“ Anstatt „Potemkinsche Dörfer“ zu bauen, müsse die Landesregierung endlich „aus den Puschen kommen“. Dazu gehöre auch, den Teufel nicht im Detail zu verstecken, sondern auch Studierende mit Doppelqualifikation in flexiblere Nachreife-Fristen mit einzubeziehen. Dem Änderungsantrag dazu schlossen sich alle Fraktionen an.

Die Einführung eines Modellprojektes erst mal nur ganz allgemein „zu prüfen“, geht der BMV nicht weit genug. „Sie beschäftigen sich ja nun schon seit Langem damit. Ich wüsste nicht, was Sie da noch prüfen wollen“, sagte Fraktionschef **Bernhard Wildt**. Er forderte, das Projekt „verbindlich zum Schuljahr 2019/2020“ zu starten. Wichtig war seiner Fraktion auch ein konkreter Zeitplan für eine erste Bestandsaufnahme: Oktober 2020. „Wir möchten den Zwischenbericht schon nach einem Jahr haben, damit man gegebenenfalls nachsteuern kann“ und „Dinge beschleunigt“. Immer noch mal zu „prüfen und prüfen und prüfen“ halte nur auf, warb er um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

Neue Lehrer einzustellen, werde keine Frage des Geldes sein, entgegnete **Andreas Butzki** (SPD) der AfD. „Leute werden ausscheiden, das Geld wird zur Verfügung stehen.“ Das Problem sei, die Lehrer hierher zu bekommen. „Dabei gilt es natürlich auch, unkonventionelle Wege zu gehen.“ Jeder Verantwortliche in den Kommunen müsse sich fragen: „Wie kann ich Lehrer in die heimische Schule bekommen?“ Beispiele wie Fahrtkostenzuschüsse, günstige Übernachtungsmöglichkeiten, Stunden- und Hospitationspläne, die zu langen Anfahrtswegen passen, Zulagen, interessante Grundstücke zum Eigenheimbau,

Kitas vor Ort und schnelles Internet seien da nur der Anfang. „Wir erwarten von der Landesregierung und der interministeriellen Arbeitsgruppe weitere Vorschläge!“

Im Ergebnis der Abstimmung wurde der Änderungsantrag der Linken angenommen, der Änderungsantrag der BMV abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsfraktionen ging mit deren Stimmenmehrheit durchs Parlament. BMV und Linke hatten sich enthalten, die AfD hatte dagegen gestimmt.

Antrag SPD/CDU-Koalition

Drucksache 7/2161

Änderungsantrag BMV

Drucksache 7/2200

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/2203



(K)ein Buch mit sieben Siegeln

Land will Vereine besser über die neue EU-Datenschutzverordnung informieren

■ **Am 25. Mai ist es ernst geworden: Die neuen Anforderungen der EU an den Datenschutz gelten nach einer zweijährigen Übergangsfrist nun verbindlich. Auch für Vereine. Damit müssen auch sie sicherstellen, dass der Umgang mit personenbezogenen Daten, wie zum Beispiel Namen, Wettkampfergebnissen und Teilnehmerlisten, der neuen Datenschutzgrundverordnung, kurz DSGVO, entspricht. Für viele Vereine ist diese jedoch nach wie vor ein Buch mit sieben Siegeln. Der Landtag hat deshalb auf Initiative der CDU/SPD-Koalition den Da-**

tenschutzbeauftragten des Landes gebeten, in Zusammenarbeit mit der Ehrenamtsstiftung einen verständlichen Überblick zu erarbeiten, der den Vereinen hilft, den Datenschutzvorgaben gerecht zu werden.

Die eigenen Regelungen im Verein an die neuen Vorschriften anzupassen, stelle viele Vereine vor große Herausforderungen, betonte **Ann Christin von Allwörden** (CDU). Personenbezogene Daten, Löschfristen, Cookies, Whatsapp-Gruppen, Newsletter, nett gemeinte Geburtstagsglückwünsche – all das müsse auf den Prüfstand. „Ich finde es deshalb richtig und wichtig, wenn wir den Landes-Datenschutzbeauftragten bitten, Handlungshilfen für unsere Ehrenamtler zu erstellen. Er kennt sich doch am besten mit den neuen Regelungen aus.“ Sowohl er als auch die Ehrenamtsstiftung hätten zwar schon Checklisten erarbeitet, Vorträge gehalten und Workshops gegeben. Damit ließen sich aber nicht alle der rund 12.500 Vereine im Land erreichen. Hier seien einfach formulierte und leicht verfügbare Handreichungen gefragt, inklusive Vorlagen und Mustertexten, die die Vereine einfach übernehmen könnten.

Innenminister **Lorenz Caffier** hält die Datenschutzgrundverordnung „in vielen Bereichen für überzogen“. Persönliche Daten zu schützen, sei ohne Frage wichtig. „Der Verfolgungs- und Reglementierungseifer ist mir aber hochsuspekt.“ Im Moment verursachten die neuen Anforderungen „ein ziemliches Durcheinander“. Nicht nur bei Vereinen. „Selbst bei uns in der Landesregierung beschäftigen sich zahlreiche hochbezahlte Landesbedienstete ernsthaft damit, ob, und wenn ja wie, Geburtstagslisten der Mitarbeiter geführt werden dürfen.“ Wenn er sehe, wie sehr schon das die Juristen „ins Schwitzen“ bringe, könne er sich gut vorstellen, „wie hilflos sich viele Ehrenamtliche derzeit vornehmen müssen“. Bei den Hilfsangeboten müsse aus seiner Sicht noch an vielen Stellen nachgebessert werden. Viele seien zu allgemein gehalten oder schwer verständlich. Hier könne sich die Politik nicht heraushalten. „Sie hat die Datenschutzgrundverordnung verursacht. Jetzt ist sie nach meiner Auffassung auch in der Pflicht, zumindest

denjenigen bei der Umsetzung zu helfen, die sich keine teuren Anwälte und Berater leisten können.“

Einverständniserklärungen, Zugriffsrechte auf Daten, Löschvorgaben: Die Datenschutzgrundverordnung bürde vielen Vereinen eine zusätzliche Last auf, sagte **Christoph Grimm** (AfD). „Das ist nicht gut.“ Er halte den Antrag daher für richtig – frage sich jedoch, warum sich das Parlament erst jetzt, nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, zum ersten Mal damit befasse. „Wo waren wir eigentlich in der Vergangenheit?“ Auch der Rechtsausschuss habe die Auswirkungen auf die Vereine nie explizit thematisiert. „Es scheint mir, dass wir das relativ spät merken.“ Er hoffe, dass sich die neue Verordnung nun nicht zu einer Art „Konjunkturprogramm für Juristen“ entwickle. Umso wichtiger sei es, den Vereinen eine Broschüre in die Hand zu geben, die ihnen helfe, mit den neuen Regelungen umzugehen. Hier könne sich Mecklenburg-Vorpommern Bundesländer wie Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen zum Vorbild nehmen.

„Dass ein Verein zur Betreuung seiner Mitglieder personenbezogene Daten verarbeitet, liegt in der Natur der Sache. Das fängt schon beim Erfassen der Daten im Aufnahmeantrag an“, stellte **Ralf Mucha** (SPD) heraus. Löschkonzepte, Zugangsgebote, Dokumentations- und Nachweispflichten – hier unterscheide die Verordnung nun mal nicht zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen. Wie schwer es Vereinen falle, die neuen Regelungen umzusetzen, wisse er aus eigener Erfahrung. „Ich kann den vielen Vereinen zurzeit nur die Internetseite unseres Datenschutzbeauftragten, der Ehrenamtsstiftung sowie die Handreichungen auf den Internetseiten von Bayern und Baden-Württemberg empfehlen.“ Umso mehr warb auch er dafür, die Anforderungen einfach und nachvollziehbar in einer Handreichung aufzubereiten. Das würde nicht nur den vielen bereits ehrenamtlich Tätigen die Arbeit erleichtern, sondern wäre auch bei zukünftigen Vereinsgründungen eine praktische Hilfe.

Eine Woche nach Inkrafttreten der Verordnung mit diesem Antrag zu kom-

men, lasse ihn an der Ernsthaftigkeit des Herangehens zweifeln, erklärte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Seine Fraktion habe in den vergangenen zwei Jahren mehrfach auf den Handlungsbedarf aufmerksam gemacht. „Zwei Jahre haben Sie hier geschlafen und unsere Vorschläge abgelehnt.“ Die Datenschutzgrundverordnung bringe für die Datenschutzbehörde des Landes rund 55 neue Aufgaben mit sich. Mit der derzeitigen Personaldecke könne sie das, was der Antrag beabsichtige, gar nicht leisten. Hier müsse die Koalition eine „zügige und wohlwollende“ Entscheidung zur künftigen Personalausstattung treffen. Ritter bedauerte, dass der Antrag keinen Zeitrahmen für die Umsetzung vorgebe. Damit hätte er „eine nützliche Sache“ werden können. Im Interesse der Vereine und Verbände stimme seine Fraktion ihm aber trotzdem zu.

Anders die BMW. Sie lehnte den Antrag ab. „Der Landes-Datenschutzbeauftragte ist Kraft unserer Verfassung unabhängig und ausdrücklich nur dem Gesetz unterworfen. Und wenn jemand nur dem Gesetz unterworfen ist, dann darf die Legislative hier nicht direkt Einfluss nehmen“ – auch nicht in Form einer „Bitte“, argumentierte **Dr. Matthias Manthei**. Die Schwierigkeiten für die Vereine seien zwar nicht von der Hand zu weisen. „Politisch Druck“ auf den Datenschützer auszuüben, komme für seine Fraktion aber nicht in Frage. Es käme ja auch niemand auf den Gedanken, ein Gericht zu bitten, „die ein oder andere Entscheidung zu treffen“. In seinem Rechtsverständnis müsse der Landes-Datenschutzbeauftragte von selbst aktiv werden und prüfen, ob das bestehende Informationsmaterial ausreiche oder nicht.

Ann Christin von Allwörden (CDU) erinnerte daran, dass die bisherigen EU-Regelungen zum Datenschutz aus dem Jahre 1995 stammten. Angesichts der rasanten Entwicklungen im Medienbereich seien Aktualisierungen also nachvollziehbar. „Ob man damit über das Ziel hinausschießt oder nicht, ob das mehr Bürokratie ist oder nicht – darauf kommt es jetzt überhaupt nicht an. Und darum geht es bei diesem auch Antrag nicht.“ Jetzt gehe es „ums Handeln und nicht mehr ums Reden“. Den Landes-

Datenschutzbeauftragten dabei um „konkrete Hilfestellung“ zu bitten, halte sie dabei nicht für ein rechtliches Problem.

Antrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/2162

Rauchen auf dem Spielplatz

SPD und CDU lehnen landesweites Verbot ab



■ **Kippen im Sandkasten, rauchende Eltern am Rand – dem wollte die BMW landesweit einen Riegel vorschieben. Mit einem generellen Rauchverbot auf Spielplätzen, verhängt durch schärfere Bestimmungen im Nichtraucherschutzgesetz. Bayern, Brandenburg, Saarland, Bremen und NRW machen es bereits vor. M-V wird jedoch nicht nachziehen, auch wenn sich alle Fraktionen einig waren, dass Zigarettenrauch für Kinder schädlich ist. SPD und CDU spielten den Ball ins Feld der Kommunen. Den Gesetzentwurf in den Ausschüssen zu beraten, lehnten die Koalitionsfraktionen mit ihrer Mehrheit ab.**

Hier gehe es um die Gesundheit von Kindern, unterstrich **Dr. Matthias Manthei** (BMV) den Gesetzentwurf seiner Fraktion. Auf die Rücksicht der Raucher zu setzen, sei eine „schöne Wunschvorstellung“, die mit der Realität aber nicht viel zu tun habe. „Wir können die Vorbildfunktion von Eltern zwar nicht per Gesetz erzwingen. Aber wir können darauf hinwirken, dass Kinder, deren Eltern eben nicht rauchen, auf öffentlichen Spielplätzen nicht mehr von Passivrauch beeinträchtigt werden.“ An dieser Stelle sei die Landespolitik gefragt. Verbotsregelungen auf Städte und Gemeinden abzuwälzen, führe nur zu einem „kommunalen Flickenteppich“. Einwände, ein landesweites Rauchverbot würde sich gar nicht kontrollieren lassen, wies er zurück. Wer so argumentiere, „müsste im Grunde alle Verbote aufheben“.

So sehr er sich als Gesundheitsminister dem Nichtraucherschutz verpflichtet fühle: Einen „zwingenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf“ könne er hier nicht erkennen, erklärte **Harry Glawe**. Erst recht nicht, wenn dem Entwurf eine zehn Jahre alte Studie zugrunde liege. Natürlich hätten Zigarettenstummel dort, wo Kinder spielen, nichts zu suchen. Ein Rauchverbot auf Spielplätzen zu erlassen und zu kontrollieren, sei jedoch Sache der Kommunen. Sie müssten das lediglich in ihren Satzungen verankern. Einige Kommunen gingen bereits mit gutem Beispiel voran, wie etwa Rostock und Schwerin. Glawe appellierte an den Städte- und Gemeindetag sowie den Landkrestag, stärker darauf hinzuwirken. Er schloss nicht aus, anhand evaluierter Daten zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal über das Thema zu reden. „Heute kann ich den Regierungsfraktionen nur empfehlen, diesen Gesetzentwurf abzulehnen.“

Der Gesetzentwurf sei „gut gemeint, moralisch begrüßenswert“, aber viel zu kostspielig für den Steuerzahler, wandte **Dirk Lerche** (AfD) ein. „Wie viele zusätzliche Ordnungsamts-Mitarbeiter sollen die Kommunen denn einstellen, um die Gesetzes Einhaltung zu überprüfen?“ Wenn Eltern zum Rauchen den Spielplatz verlassen müssten und dadurch ihre Aufsichtspflicht verletzen oder sozial schwache Familien nach einem Ordnungsgeld beim Essen für die Kinder sparten oder gleich „rauchend mit ih-

nen in der Bude bleiben“, sei mit einem Gesetz gar nichts gewonnen. Sein Lösungsvorschlag: Eltern stärker über die Folgen des Rauchens aufzuklären. Alles andere verlagere das Problem nur. „Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und gehe jetzt eine rauchen“, schloss Lerche seine Rede.

Jochen Schulte (SPD) bekräftigte die Ernsthaftigkeit des Themas. Die BMW spreche das Problem „zu Recht“ an. „Die Frage jedoch ist, ob der Gesetzentwurf der richtige Weg ist, es anzugehen. Ich glaube nicht.“ Er schlug vor, den Nichtraucherschutz von Kindern und Jugendlichen losgelöst von diesem Entwurf in den Ausschüssen zu diskutieren und erst einmal bei Kommunen in Erfahrung zu bringen, ob es diesbezüglich „ein wirkliches Problem“ gebe. „Diesen Gesetzentwurf jetzt vorzuschalten“, um am Ende in den Ausschussberatungen festzustellen, dass sich der Sachverhalt in der Realität ganz anders darstelle, halte seine Fraktion nicht für den richtigen Weg. „Deshalb werden wir den Gesetzentwurf bei aller Wertschätzung für die Thematik an dieser Stelle ablehnen.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) nannte es „absurd“, wie sehr sich die Koalition verrenke, um den Gesetzentwurf „madig“ zu machen. „Da bin ich enttäuscht, Herr Glawe.“ Es könne doch niemand wollen, Kinder auf Spielplätzen gesundheitlichen Gefahren auszusetzen. Schwierige Kontrollen? Das sei alles eine Frage des politischen Willens. Von einer allge-

meinen Diskussion in den Ausschüssen halte er nichts. Auf Grundlage eines Gesetzentwurfs zu arbeiten, sei viel verbindlicher und zielorientierter. Am Ende gehe es auch um eine „Signalwirkung“ und einen politisch artikulierten Willen. „Dafür möchten wir uns engagieren und dafür suchen wir auch den fachlichen Streit.“

Einen „zahnlosen Tiger“ zu verabschieden, das bringe niemandem etwas, fand **Sebastian Ehlers** (CDU). Allein in Schwerin gebe es mehr als 70 öffentliche Spielplätze. „Sie zu kontrollieren, ist gar nicht leistbar.“ Er setze vielmehr auf „Menschlichkeit“. „Wenn ich jemanden mit Zigarette an der Sandkiste sehen würde, der würde von mir eine deutliche Ansage bekommen.“ Seiner Erfahrung nach seien Raucher aber „gar nicht so das große Problem“ auf Spielplätzen. Das seien vielmehr „Vermüllung“ und „freilaufende Hunde“. Wer Kinder konsequent vor Zigarettenstummeln schützen wolle, der müsse am Ende das Rauchen im gesamten öffentlichen Raum verbieten. Auch er plädierte dafür, das Thema zunächst ganz allgemein mit Experten in den Fachgremien zu diskutieren. „Es ist nicht Aufgabe des Ausschusses, unausgelegene Gesetzentwürfe rund zu machen.“

„Was denn nun: Ist es problematisch für die Kommunen, die Verbote zu kontrollieren, oder wollen wir die Kommunen auffordern, mehr Verbote zu erlassen?“, fragte **Dr. Matthias Manthei** (BMV). Wenn Mitarbeiter vom Ordnungsamt ohnehin in der Stadt unterwegs seien, um parkende Autos zu kontrollieren, könnten sie doch stichprobenartig auch am Spielplatz vorbeigehen. „Das ist ganz einfach eine Frage der Priorität und der Organisation.“ Das Thema losgelöst vom Gesetzesentwurf zu diskutieren, halte er „politisch für falsch“. Seine Fraktion habe genau das gemacht, was sich für eine Opposition gehört: konstruktive und konkrete Vorschläge. Daran lasse sich am besten arbeiten und debattieren. „Sie können doch dann Änderungsanträge stellen.“

Gesetzentwurf BMW
Drucksache 7/2153



Soll Rauchen auf Spielplätzen generell verboten werden?

Illustration: Uwe Sinnecker

Weitere Beschlüsse

Verbraucherschutz

Die Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker/Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ ist wieder geschützt. Nachdem ein entsprechendes Gesetz Ende 2014 auslaufen war, hat der Landtag einstimmig ein neues Lebensmittelchemiker-Gesetz erlassen. Es ist die Voraussetzung dafür, in M-V Lebensmitteltechnikern ausbilden zu können, und regelt, unter welchen Maßgaben jemand die Berufsbezeichnung tragen darf. Die Kontrolle und Überwachung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sei ein wichtiger Teil des Verbraucherschutzes, sagte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus. Von den 8.198 Proben im vergangenen Jahr seien 13,5 Prozent (Lebensmittel) bzw. 16,8 Prozent (Bedarfsgegenstände) zu beanstanden gewesen. „Das macht deutlich, dass Lebensmittelchemiker von außerordentlich großer Bedeutung sind.“

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/1319

Beschlussempfehlung Agrarausschuss

Drucksache 7/2181

Fährverkehr

Ab auf die Insel! Wenn der Weg dahin über eine Fähre führt, kann das Land Betreibern künftig Auflagen erteilen – und im Sinne einer Grundversorgung die Genehmigung für den Fährverkehr an gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen in Bezug auf Qualität und Regelmäßigkeit knüpfen. Genauso gut ist es möglich, den Marktzugang zu begrenzen. Zum Beispiel dann, wenn ein Verkehrsdienstleister nur während der einträglichen Urlaubssaison Strecken bedienen, aber keine Grundversorgung leisten möchte und damit den Betreiber eines ganzjährigen Fährverkehrs schädige. Dazu hat der Landtag mehrheitlich das Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetz geändert. Darüber hinaus

brauchen kleine Bootsstege oder andere für den Wasserverkehr unbedeutenden Anlagen keine wasserrechtliche Genehmigung mehr. Die ist nur noch für Häfen und Anlagestellen vorgesehen, deren Errichtung, Änderung oder Betrieb den für die Schifffahrt erforderlichen Gewässerzustand oder die Verkehrssicherheit beeinträchtigt.

Parallel dazu hat der Landtag auch das Schiffsabfallentsorgungsgesetz geändert. Mit der Novelle haben Hafenbetreiber genügend Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände vorzuhalten und Schiffsführer einlaufende Schiffe elektronisch zu melden.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/1524

Beschlussempfehlung Energieausschuss

Drucksache 7/2180

Fahrtkostenzuschüsse

Wer in Mecklenburg-Vorpommern eine Berufsschule besucht, muss in der Regel weite Wege in Kauf nehmen. Das kostet Geld. Damit mehr Schüler als bisher einen Zuschuss zu diesen Kosten erhalten können, soll die Einkommensgrenze zum kommenden Schuljahr „leicht steigen“. Das kündigte Bildungsministerin Birgit Hesse an, ohne jedoch konkrete Zahlen zu nennen. Bislang liegt die Gren-

ze bei 500 Euro. Allerdings fließe das zur Verfügung stehende Geld nur zögerlich ab. In einem zweiten Schritt solle geprüft werden, ob die Vergütungsgrenze noch weiter angehoben werden kann. Das hänge jedoch maßgeblich von der Finanzierbarkeit ab. „Um die Förderung zu vereinfachen, werden wir außerdem den Zeitraum vom Schulhalbjahr auf das ganze Schuljahr ausdehnen.“ Mit diesen Ankündigungen reagierte die Ministerin auf einen Antrag der Koalitionsfraktionen. Darin fordern CDU und SPD eine zeitnahe und „spürbare“ Erhöhung der Bemessungsgrenze und ein einfacheres Antragsverfahren. Den Linken geht das Versprechen nicht weit genug. Gerade die, die es am nötigsten hätten, blieben einmal mehr außen vor. Denn: „Zuwendungen werden bei Bezug von Grundsicherung gegengerechnet.“ Sie forderten einmal mehr für alle Azubis freie Fahrt mit Bus und Bahn. Ebenso die BMW. Beide Fraktionen enthielten sich der Stimme. Die AfD stimmte zu, drängte aber auf konkrete Zahlen zur neuen Einkommensgrenze. Mit dem Antrag griff der Landtag ein Thema auf, das auch in der zweiten Anhörung der Anhörungsreihe „Jung sein in M-V“ am 23. Mai eine große Rolle spielte.

Antrag CDU/SPD-Koalition

Drucksache 7/2160

Änderungsantrag BMW

Drucksache 7/2202



Illustration: Uwe Sinnecker

Laufende Gesetzgebung

Stand: 04.06.2018

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1321	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung 28.01.2018 2. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/1800	LReg.	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung 14.03.2018 in Beratung
7/1814	BMV	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung 14.03.2018 Überweisung abgelehnt
7/1820	DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbeamtengesetz - LBG M-V)	-	1. Lesung 14.03.2018 Überweisung abgelehnt
7/1931	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/1983	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes – Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen	Innen- und Europa-ausschuss	1. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/1321	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung 28.01.2018 2. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/1800	LReg.	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung 14.03.2018 in Beratung
7/1814	BMV	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung 14.03.2018 Überweisung abgelehnt
7/1820	DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbeamtengesetz - LBG M-V)	-	1. Lesung 14.03.2018 Überweisung abgelehnt
7/1931	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/1983	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes – Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen	Innen- und Europa-ausschuss	1. Lesung 25.04.2018 in Beratung

Abgeschlossen

im Plenum am 30. Mai 2018 entschieden

Stand: 04.06.2018

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/1319	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“ in Mecklenburg-Vorpommern (Lebensmittelchemikergesetz M-V)	LReg.	1. Lesung 14.12.2017 2. Lesung 30.05.2018	angenommen
7/1524	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes und zur Änderung des Schiffsabfallentsorgungsgesetzes	LReg.	1. Lesung 24.01.2018 2. Lesung 30.05.2018	angenommen



Foto: Landtag M-V

Der Petitionsausschuss tagte am 24. Mai öffentlich. Die Petenten nahmen an der Beratung teil.

Norddeutsche Philharmonie Rostock

Petitionsausschuss beriet öffentlich die Eingabe der Philharmonischen Gesellschaft

Am 24. Mai beriet der Petitionsausschuss gemeinsam mit Vertretern des Bildungsministeriums, des Finanzministeriums, der Hansestadt Rostock und des Volkstheaters Rostock sowie mit fünf Vertretern der Philharmonischen Gesellschaft die Eingabe der Philharmonischen Gesellschaft e. V. zum Erhalt des Orchesters. Der Petitionsausschuss hatte zuvor per Beschluss die Öffentlichkeit zugelassen, sodass die Beratung auch über den Live-Stream auf der Internetseite des Landtages verfolgt werden konnte.

Zu Beginn der Beratung legte die Philharmonischen Gesellschaft noch einmal dar, welche Bedeutung die seit über 100 Jahren bestehende Norddeutsche Philharmonie Rostock in der Tradition der Hanse- und Universitätsstadt hat. Umso wichtiger sei es – vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklung –, mit einer Fortschreibung der Zielvereinbarung eine stabile Entwicklung des Orchesters zu sichern. Das Bildungsministerium verwies erneut darauf, dass sich die Stadt Rostock gegen eine Fusion mit dem Theater Schwerin und für die Eigenständigkeit entschieden habe. Auf dieser Grundlage sei sodann die Zielvereinbarung zwi-

schen dem Land und der Hansestadt Rostock getroffen worden, die u. a. auch den finanziellen Rahmen setze.

Gerade dieser Finanzrahmen, so der stellv. Intendant des Volkstheaters Rostock, habe die Stadt gezwungen, eine Umstrukturierung des Volkstheaters vorzunehmen, die auch mit einer Verkleinerung des Orchesters einhergehe. Die fehlenden jährlichen Mittel bezifferte er auf Nachfrage des Ausschusses mit 1,5 bis 2 Mio. Euro; eine Summe, die keinesfalls durch eine Einnahmensteigerung zu kompensieren sei.

Im Laufe der Diskussion machten die Petenten deutlich, dass freie Musikerstellen weder durch Stipendiaten der Orchesterakademie noch durch Honorarkräfte besetzt werden könnten. Die Orchesterakademie diene der zusätzlichen Ausbildung der Studenten der Hochschule für Musik und Theater Ros-

tock. Diese erhalten beispielsweise mit einem Solo die Gelegenheit, mit einem Orchester aufzutreten. Ein vollwertiges Orchestermitglied könnten sie jedoch nicht ersetzen.

Vonseiten des Petitionsausschusses wurde angesichts der derzeit guten Haushaltslage der Stadt Rostock angeregt, dass das Land im Zuge der für 2019 vorgesehenen Verhandlungen zur Fortsetzung der Zielvereinbarung eine Erhöhung der finanziellen Mittel der Stadt zulasse, ohne von der ab 2020 in Aussicht gestellten Dynamisierung der Landesmittel abzusehen. Hierzu äußerte sich die Landesregierung mit dem Hinweis, den Verhandlungen nicht vorzugreifen zu können, nicht.

Der Petitionsausschuss wird sich in einer weiteren Beratung über das weitere Vorgehen verständigen.

Die Norddeutsche Philharmonie Rostock

Die Norddeutsche Philharmonie Rostock ist der größte Klangkörper des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit einer weit zurück reichenden Geschichte in der alten Hanse- und Universitätsstadt. 1897 wurde mit der Gründung des Rostocker Stadt- und Theatorchesters eine neue Ära eingeleitet und der Grundstein für die heutige Qualität und Leistungsfähigkeit des Orchesters gelegt. Die Norddeutsche Philharmonie Rostock wurde mit dem Kulturpreis der Hansestadt Rostock sowie für ihre Programmgestaltung mit dem Preis des Deutschen Musikverlegerverbandes geehrt.

Das Orchester ist mit einem umfassenden und vielgestaltigen Konzertangebot präsent - neben zehn Philharmonischen Konzerten mit Classic

Light-Konzerten, Barocksalklassik, Kammerkonzerten, Kinder- und Jugendkonzerten und Sonderkonzerten – außerdem in den Bereichen Musik- und Tanztheater.

Als Mitglied der Europäischen FilmPhilharmonie spielte die Norddeutsche Philharmonie Rostock Musik zu etlichen Filmen ein, u.a. 2008 die Musik zur Buddenbrooks-Verfilmung.

Die Orchesterpatenschaft mit dem Jugendsymphonieorchester des Konservatoriums Rudolf Wagner-Régeny dokumentiert die enge Verbindung zu anderen Einrichtungen in der Stadt Rostock, ebenso die Kooperationen mit der Hochschule für Musik und Theater Rostock und mit der St-Johannis-Kantorei Rostock.

Quelle: www.volkstheater-rostock.de



Foto: Website des Landesförderzentrums Güstrow

Im Landesförderzentrum „Hören“ in Güstrow werden schwerhörige oder gehörlose Kinder sowie Kinder mit auditiven Verarbeitungs- und Wahrnehmungsstörungen unterrichtet.

Ausschüsse vor Ort

Bildungsausschuss beim Landesförderzentrum „Hören“ in Güstrow

■ Der Bildungsausschuss führte am 23. Mai eine Informationsfahrt nach Güstrow zum Landesförderzentrum Hören durch. Anlass für den Besuch

bildete ein Schreiben des Elternverbandes hörgeschädigter Kinder zur Gebärdensprache und die daraufhin zusammen mit dem Sozialausschuss erfolgte Ausschusssitzung.

Die Ausschussmitglieder konnten in zehn Klassen hospitieren, um sich selbst einen Eindruck von der Situation am Förderzentrum zu verschaffen. Die Abgeordneten gewannen einen Einblick in den Schulalltag, die unterschiedlichen Grade der Hörschädigungen und die jeweils eingesetzten Kommunikationsformen. So werden am Landesförderzentrum beispielsweise schwerhörige oder gehörlose Kinder sowie Kinder mit

auditiven Verarbeitungs- und Wahrnehmungsstörungen unterrichtet. Je nach Hörschädigung wird der Unterricht durch die Lehrkräfte mit Lautsprache, lautsprachebegleitender Gebärde oder Gebärdensprache gestaltet.

Im Anschluss an die Hospitation gab es eine Gesprächsrunde der Abgeordneten mit der Schulleiterin Gudrun Fischer und ihrer Stellvertreterin Birgit Schaub sowie der Schulrätin des Landkreises Rostock Kerstin Plümer.

In Mecklenburg-Vorpommern werden derzeit an 240 Schulen ca. 560 Schülerinnen und Schüler mit Hörschädigungen gefördert.

Finanzausschuss in Rostock

■ Am 21. Juni besuchte der Finanzausschuss den Standort der MV Werften in Rostock-Warnemünde.

Besonders beeindruckt waren die Abgeordneten von dem größten Investitionsprojekt, der Halle 11 mit einer neuen Laser-Hybrid-Anlage zum Verschweißen der Paneele. Die Geschäftsführung informierte die Ausschussmitglieder über den aktuellen Stand der Schiffsbauprojekte, und der Gutachter der KfW IPEX (OMT) erläuterte die Methodik seiner gutachterlichen Tätigkeit und der späteren Baufortschrittsüberwachung.



Foto: Landtag M-V



Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stehen in Deutschland unter besonderem Schutz.

Minderjährige Geflüchtete

Öffentliche Anhörung im Sozialausschuss zu Altersfeststellung und Clearingverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern

■ **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stehen in Deutschland unter besonderem Schutz. Mit Vollendung des 18. Lebensjahres erlischt jedoch das Anrecht auf Jugendhilfe und Abschiebeschutz. Aus diesem Grund, so der Verdacht, würden manche Flüchtlinge ihr Alter bewusst niedriger angeben. Deshalb wird darüber diskutiert, ob und wie das tatsächliche Alter bestimmt werden kann und soll. Der Sozialausschuss des Landtages hat am 16. Mai Sachverständige zu diesem Thema angehört.**

Professorin Dr. Britta Bockholdt (Institut für Rechtsmedizin an der Universität Greifswald), Ernst-Ludwig Iskenius (IPPNW/Ärzte in sozialer Verantwortung), Ulrike Seemann-Katz (Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e. V.) und



Sachverständige in der öffentlichen Anhörung.

Foto: Landtag M-V

Sarah Grodzycki (Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern e. V.) waren der Einladung zur öffentlichen Anhörung gefolgt, haben ihre Stellungnahmen zum Thema „Altersfeststellung und Clearingverfah-

ren bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern“ mündlich dargelegt und standen für Rückfragen der Abgeordneten zur Verfügung.

Im Kern der Diskussion standen die Methoden zur Altersfeststellung und deren Genauigkeit, die in Mecklenburg-Vorpommern vorhandenen Strukturen zur Altersfeststellung und die Vorgehensweise der zuständigen Behörden. Dabei wurde auch darüber diskutiert, inwieweit Integrationsmaßnahmen vom Alter abhängen und welche gesetzlichen Fürsorgepflichten auch bei Volljährigen bestehen.

Das Protokoll und die schriftlichen Stellungnahmen finden Sie auf der Webseite des Landtages www.landtag-mv.de (Landtag/Ausschüsse/Sozialausschuss)

Wikipedia-Workshop

Am 7. Juni 2018 fand im Schweriner Schloss ein Wikipedia-Workshop statt. Sandro Halank von Wikimedia Deutschland erklärte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, worum es bei Wikipedia geht, welche Kriterien beachtet werden müssen und wie man selbst Autor bzw. Bearbeiter eines

Wikipedia-Artikels werden kann. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ist bereits seit 2010 bei Wikipedia aktiv. In diesem Jahr wurde nun Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtages und Gästen die Arbeit mit Wikipedia nähergebracht.

Jung sein in M-V

Fortsetzung der Anhörungsreihe im Sozialausschuss

Am 23. Mai fand die zweite Anhörung im Rahmen der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ statt. Zum Thema „Übergangmanagement Schule, Bildung und Beruf“ haben die Abgeordneten des Sozialausschusses sowie weitere interessierte Abgeordnete gemeinsam mit den zehn jugendlichen Daueranzuhörenden und den Anzuhörenden beraten.

Als Anzuhörende teilgenommen haben neben den zehn Jugendlichen: Peter Todt von der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, Edgar Hummelshiem von der Handwerkskammer Schwerin, Sven Heilmann von der Agentur für Arbeit Rostock, Dr. Christiane David vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Christian Klöckner vom Landeschülerrat Mecklenburg-Vorpommern und Brigitte Seifert vom Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V.



Foto: Landtag M-V

Schülerinnen und Schüler der Berufliche Schule „Alexander Schmorell“ Rostock waren extra für die Jugend-Anhörung in den Landtag gekommen.

Im Kern der Debatte standen die Themen Schul- sowie Jugendsozialarbeit, Digitalisierung, die finanzielle Unterstützung der Auszubildenden bei den Fahrt- und Unterkunftskosten, die Erreichbarkeit von Berufsschulen und Praktikumsstellen mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der Internetausbau.

You Tube

Die komplette Aufzeichnung der Anhörung kann man sich auf dem YouTube-Kanal des Landtages unter www.landtag-mv.de anschauen. Die nächste Anhörung findet am 26. September statt. Dann geht es um das Thema „Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung“.

Innen- und Europaausschuss informierte sich über Terrorgefahr

Am 17. April besuchte der Innen- und Europaausschuss das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum in Berlin (GTAZ). Unter dem Dach des GTAZ arbeiten Bundeskriminalamt, Bundesverfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst, die 16 Landeskriminalämter und 16 Landesämter für Verfassungsschutz, Bundespolizei, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Generalbundesanwaltschaft zusammen, um Sicherheitsbedrohungen frühzeitig zu erkennen und effektiv zu bekämpfen. Die Mitglieder des Ausschusses konnten einen Einblick in diese Kooperation erlangen und wurden über Gefährder und sogenannte relevante Personen in Deutschland aufgeklärt.



Foto: Landtag M-V

Der Innen- und Europaausschuss bei seiner Informationsfahrt zum Terrorabwehrzentrum in Berlin.

Vergaberecht

Öffentliche Anhörung
im Wirtschaftsausschuss

■ Zum Thema Vergaberecht liegen dem Landtag derzeit zwei Gesetzentwürfe zur Beratung vor: Zum einen der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften, zum anderen der Entwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Tariftreue- und Vergabegesetz. Am 17. Mai führte der Wirtschaftsausschuss hierzu eine öffentliche Anhörung durch. Daran nahmen Vertreter der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern e.V., der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern in Mecklenburg-Vorpommern, der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, des Eine-Welt-Landesnetzwerk-Mecklenburg-Vorpommern e. V. und des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V. teil.

Die Vereinigung der Unternehmensverbände M-V lehnt die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen ab. Begründung: Nach der Einführung des bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns sei ein vergabespezifischer Mindestlohn auf Landesebene nicht erforderlich. Die europa- und bundesrechtlichen Vergaberegulungen seien ausreichend und eine gute Grundlage für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Zudem bestünden verfassungs- und europarechtliche Bedenken zur Etablierung eines vergabespezifischen Mindestlohns. Die Tarifautonomie werde durch die vorgesehene Änderung beeinträchtigt. Der bürokratische Aufwand würde deutlich zunehmen.

Auch der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern sieht die Gesetzgebungskompetenz beim Bund, der mit den arbeitsrechtlichen Gesetzen bereits abschließend Regelungen getroffen habe. Eine Verbesserung der Einkommenssituation im Land werde mit einem vergabespezifischen Mindestlohn nicht erreicht. Im Übrigen liege der vorgesehene Mindestlohn



Foto: Jens Büttner

Zum Thema Vergaberecht berät der Landtag derzeit zwei Gesetzentwürfe – einen der Landesregierung und einen der Fraktion DIE LINKE. Unter anderem geht es um die Frage eines vergabespezifischen Mindestlohns.

unter den allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen nahezu aller Branchen. Die zusätzliche Aufnahme vergabefremder Kriterien oder sozialer Aspekte als Wertungs- oder Zuschlagskriterien werde abgelehnt, zumal dadurch ein unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand sowohl auf Bieterseite als auch bei den Vergabestellen entstünde.

Die IHK zu Schwerin regte an, das Vergabegesetz des Landes deutlich zu verschlanken und zu entbürokratisieren. Die Aufnahme vergabefremder Aspekte halte man für bedenklich, da diese nicht mit den tatsächlichen Marktbedingungen übereinstimmten. So könnten beispielsweise viele kleine und mittlere Unternehmen aus unterschiedlichsten Gründen nicht ausbilden. Zudem sei die Anzahl an Bewerbern um Ausbildungsplätze zurückgegangen. Ein Mehr an vergabefremden Aspekten führe außerdem zu einem höheren bürokratischen Aufwand.

Der Vertreter des Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e. V. dagegen begrüßte die Einführung eines dynamisierten Vergabemindestlohns, der über dem Niveau der meisten Bundesländer liege. Er sprach sich dafür aus, soziale und ökologische Belange in die Zuschlagskriterien verbindlich einzubeziehen.

Der Städte- und Gemeindetag M-V e. V. regte die Abschaffung des Landesver-

gabegesetzes an, da es bereits ausreichende Bundes-Regelungen gebe. Die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns sei europarechtswidrig und nicht notwendig. Zudem gebe es kaum einen Anwendungsbereich für den vergabespezifischen Mindestlohn, da die branchenspezifischen Löhne bereits Mindestlohncharakter hätten. Die Kontrolle durch die kommunalen Auftraggeber sei nicht umsetzbar. Es wurde vorgeschlagen, auf eine Umstellung auf die Unterschwellenvergabeordnung im Land zu verzichten und gegebenenfalls eine Übergangsfrist von sechs Monaten für die Anpassung der örtlichen Vergabevorschriften vorzusehen. Überdies sollten Direktvergaben bis zu einer Wertgröße von 2.000 Euro zugelassen und einfache Regelungen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips getroffen werden.

Der Wirtschaftsausschuss wertete die Anhörung in seiner Sitzung am 24. Mai aus. Die abschließende Beratung und Erarbeitung der Beschlussempfehlung erfolgte am 14. Juni.

*Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 7/1931
Gesetzentwurf DIE LINKE
Drucksache 7/1992
Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 7/2284*



Foto: Volker Hieischer

Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp (hintere Reihe 2.v.l.) im Kreis ihrer Amtskolleginnen und -kollegen bei der Präsidentenkonferenz in Weimar.

Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung

Konferenz der Landtagspräsidenten in Thüringen

■ Vom 10. bis 12. Juni berieten die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates auf Schloss Ettersburg bei Weimar (Thüringen). Die Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Beate Schlupp, hat gemeinsam mit Landtagsdirektor Armin Tebben an der diesjährigen Landtagspräsidentenkonferenz teilgenommen.

Zentrales Thema der dreitägigen Beratungen war die Digitalisierung und die sich daraus für die Landesparlamente ergebenden Chancen und Herausforderungen. Die Präsidentinnen und Präsidenten verabschiedeten die

„Ettersburger Erklärung – Die Parlamente in der digitalen Gesellschaft“. Der Text der Ettersburger Erklärung wird auf der Homepage des Landtages Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht. Darin wird auch auf die im Jahr 2015 durch die Landtagspräsidentenkonferenz verabschiedete Erklärung von Heiligendamm Bezug genommen, mit der eine „politische Diskussion über die ethischen Grundlagen für den digitalen Staat“ eingefordert wurde.

Auf der Agenda standen neben weiteren digitalen Themen ein Austausch über EU-Angelegenheiten, ein Gedankenaustausch zu den Zwangsausgesiedelten aus den Grenzgebieten der ehemaligen DDR und Geschäftsord-

nungsfragen. Weiteres Thema war die Vorbereitung des Jubiläums „175 Jahre Demokratie in Deutschland“. Im Jahr 2023 soll an das Revolutionsjahr 1848 als Schlüsseljahr der deutschen Demokratie- und Parlamentsgeschichte erinnert werden.

Präsidentenkonferenz

Im Rahmen der Landtagspräsidentenkonferenz treffen sich einmal im Jahr die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, um die Interessen der deutschen Landesparlamente zu koordinieren, Fragen des Parlaments- und Abgeordnetenrechts zu erörtern und gemeinsame Standpunkte zu formulieren.

Senioren wollen mitmischen

10. Altenparlament beschloss Forderungen an die Landespolitik

Das zehnte Altenparlament Mecklenburg-Vorpommerns hat den Landtag aufgefordert, die digitale Teilhabe als Grundrecht in die Landesverfassung aufzunehmen. Mit dem einstimmig gefassten Beschluss unterstrich die Versammlung, wie wichtig es ihr ist, dass Seniorinnen und Senioren nicht durch die zunehmende Digitalisierung in immer mehr Lebensbereichen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Behörden zum Beispiel sind zunehmend vor allem über das Internet zu erreichen. Vielen Älteren fällt dieser digitale Zugang schwer. Es gelte, eine soziale Spaltung zwischen jenen, die online sind, und jenen, die offline seien, zu verhindern, hieß es.

Neben der Medienkompetenz spielten am 6. Juni im Schweriner Schloss die Gesundheit sowie die Mobilität in den ländlichen Gebieten eine wichtige Rolle in den Beratungen. Mit einer Resolution bekräftigte das Altenparlament seine Forderungen, von denen viele bereits von vorherigen Altenparlamenten und von der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ formuliert worden

Das Altenparlament M-V

Auf Initiative des damaligen Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner fand 1999 das erste Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern statt. Seitdem versammeln sich alle zwei Jahre 71 Delegierte aus zahlreichen Seniorenorganisationen des Landes, um den Problemen und Forderungen der älteren Generationen Gehör zu verschaffen und den Fraktionen des Landtages Impulse für ihre seniorenpolitischen Diskussionen und Beschlüsse zu geben.



In drei Arbeitskreisen diskutierten die Delegierten die Themen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, Gesundheit und Prävention sowie Medienkompetenz.

waren, und forderten ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept für Mecklenburg-Vorpommern.

Nach Ansicht des Altenparlaments sollte die Landesregierung einen Landesbeauftragten für die „Schlüsselkompetenz **Medienbildung**“ in der Staatskanzlei ansiedeln, um Vorhaben ressortübergreifend zu koordinieren. Die Delegierten forderten feste Stellen für Fachleute, um bestehende ehrenamtliche Initiativen zu unterstützen, die Seniorinnen und Senioren den Umgang mit dem Internet näherbringen. Wichtig sei, Zugänge zu digitalen Medien in speziellen öffentlichen Räumen einzurichten. „Hierzu zählt auch die Pflicht zur Bereitstellung von WLAN und mit digitalen Medien ausgestatteten Räumen in Senioreneinrichtungen, wie z. B. in Pflegeheimen, im betreuten Wohnen und fremdverwalteten Senioren-Wohngemeinschaften“, lautet der Beschluss.

Wesentlich für ein gutes Leben im Alter seien Gesundheit, Fürsorge und Pflege, Wohnen, Mobilität und deren Ausgestaltung auf der örtlichen Ebene, stellte die Versammlung unter Berufung auf den jüngsten Altenbericht fest. Die Kommunen müssten finanziell so ausgestattet werden, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden können. Die Zuwendungen dürften nicht allein anhand der Einwohnerzahl bemessen werden, sondern müssten sich auch nach der Größe der zu versorgenden Fläche richten.



Zum Vorsitzenden des 10. Altenparlaments wählten die Delegierten Bernd Rosenheinrich vom Landes seniorenbeirat.

Die Sicherung von **Mobilität** bildet einen Schwerpunkt bei den Forderungen. Bus- und Bahnlinien sollten erhalten bleiben und Tarife landesweit einheitlich gelten. Der Öffentliche Nahverkehr nütze Seniorinnen und Senioren nur etwas, wenn sie ihn barrierefrei nutzen können. Dazu gehörten auch so „einfache“ Dinge wie gut beleuchtete Warthäuschen und gut lesbare Fahrpläne.

Zum Thema **Gesundheit** forderte das 10. Altenparlament Landtag und Landesregierung auf, stärker auf vorbeugende Maßnahmen zu setzen, zum Beispiel gesunde Ernährung und die Förderung körperlicher Aktivitäten von Seniorinnen und Senioren. Zur Prävention gehöre auch, gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen. Darüber müsse das Land die Seniorinnen und Senioren mehr informieren.



Am 6. Juni versammelten sich 71 Delegierte aus ganz Mecklenburg-Vorpommern zum 10. Altenparlament im Plenarsaal des Landtages.

Foto: produktionsbüro TINUS Schwerin

„Für unsere Gesellschaft ist es eine große Chance und auch eine Bereicherung, dass die Seniorinnen und Senioren ihre Erfahrungen einbringen“, würdigte **Dr. Mignon Schwenke**, 2. Vizepräsidentin des Landtages, zum Auftakt die kontinuierliche Arbeit des Altenparlaments. Dies betonte auch Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**, die in ihrem Grußwort sagte: „Es ist wichtig, dass wir ein Land der Generationen sind, dass die Generationen zusammenstehen.“ Auch sie dankte den Delegierten für ihr Engagement und ihre Beharrlichkeit. Zum Versammlungs-Vorsitzenden wählte das Altenparlament **Bernd Rosenheinrich**, den Vorsitzenden des Landesseniorenbeirates. Zufrieden stellte dieser fest: „Das Altenparlament ist zu einer guten Tradition in unserem Land geworden.“ Als wichtigen Erfolg der Arbeit des Altenparlaments nannte er das Seniorenmitwirkungsgesetz, das der Landtag 2010 verabschiedet und 2014 entfristet hatte.

Während zum Unmut der Delegierten außer der Ministerpräsidentin keine weiteren Ministerinnen und Minister am Plenum des Altenparlaments teilnahmen, stellten sich Vertreter aller fünf Landtagsfraktionen den Fragen. Nadine Julitz (SPD), Maika Friemann-Jennert (CDU), Prof. Dr. Ralph Weber (AfD), Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) und Bernhard Wildt (BMV) gaben Auskunft zur Förderung von Fahrstühlen, zu Pflegekräften aus dem Ausland, zum lebenslangen Wohnen in den eigenen vier Wänden oder zur temporären Betreuung nach der Entlassung aus dem Krankenhaus.

Am Ende zog Günter Schult eine kurze Bilanz. Der Neubrandenburger hat an allen zehn Altenparlamenten als Delegierter mitgewirkt. „Die jetzigen Delegierten“, befand Schult, „sind genauso engagiert wie jene, die beim Auftakt 1999 dabei waren.“

Die Beschlüsse und die Resolution im Wortlaut finden Sie auf der Internetseite des Landtages www.landtag-mv.de (Mitmachen/Veranstaltungen und Projekte)

Beschlüsse des 10. Altenparlaments

- *Beschluss 1 zum Thema „Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Entwicklung des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern“*
- *Beschluss 2 zum Thema „Gesundheit und Prävention in Mecklenburg-Vorpommern“*
- *Beschluss 3 zum Thema „Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern“*
- *Mit der Resolution fordert das 10. Altenparlament ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept für Mecklenburg-Vorpommern.*



In ihrer Fraktion DIE LINKE ist Dr. Mignon Schwenke Sprecherin für Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik sowie für das Thema Nachhaltigkeit.

■ Politiker sind auch nur Menschen. Eine Binsenweisheit, die aber doch nicht selten aus dem Blick gerät. Mit unserer Rubrik „Persönliches Dutzend“ wollen wir Ihnen in loser Folge Abgeordnete mal von einer anderen, persönlichen Seite zeigen. Diesmal Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE). Sie gehört dem Landtag seit 2011 an, zu Beginn der aktuellen Wahlperiode im Herbst 2016 wählte sie der Landtag zur Zweiten Vizepräsidentin des Parlaments.

1. Ihr Lieblingsort (-platz) in Mecklenburg-Vorpommern?

Das ist schwer zu beantworten. Es gibt so viele schöne Orte in unserem Land. Aber wenn ich mich erholen will, dann zieht es mich nach Lubmin. Dort habe ich einen Garten und gleichzeitig die Ostsee vor der Tür.

2. Ihr Lieblingsbuch?

Ein Lieblingsbuch habe ich nicht. Aber ich liebe die Bücher von JoJo Moyes. Das ist eine englische Schriftstellerin, die Lebensgeschichten so einfühlsam und mit einer wunderbaren Sprache beschreibt, die mich jedes Mal wieder begeistert.

3. Ihr Lieblingsfilm?

Es gibt ja so viele gute Filme. Sehr beeindruckt hat mich von Steven Spielberg „Die Farbe Lila“ mit Whoopi Goldberg in der Hauptrolle. Ich bin selbst nicht gläubig. Aber ich kann nachvollziehen, dass diese im Film dargestellte schwarze Frau ihr bitteres Schicksal im armen Süden Amerikas nur durch ihren Glauben an Gott ertragen konnte.

4. Ihre Lieblingsmusik(er)?

An erster Stelle kommt für mich da die italienische Oper. Deshalb besuche ich auch jedes Jahr die Schlossfestspiele auf dem Alten Garten in Schwerin. Aber auch Rock und Pop höre ich gerne. Luciano Pavarotti und Anna Netrebko sind meine absoluten Favoriten. Annett Louisan und den leider schon so früh verstorbenen Roger Cicero mag ich auch sehr.

5. Welches Vorbild beeindruckt Sie und warum?

Ein einziges Vorbild habe ich nicht. Aber es gab und gibt Menschen, die ich sehr schätze. Haltungen sind für mich sehr wichtig. Hilfsbereitschaft und Solidarität, aber auch Mut, den eigenen Weg zu gehen, ohne egoistisch zu sein – das sind Eigenschaften, an denen ich mich orientiere.

6. Ihr Motto?

Erst denken und dann reden! Gründlich recherchieren und zuhören! Und dann das Leben nicht vergessen und sich selbst nicht so ernst nehmen!

7. Ich kann lachen, wenn ...

jemand einen guten Witz macht. Aber auch, wenn mir selbst ein Fauxpas passiert. Am liebsten lache ich mit meinen Enkelkindern.

8. Ich ärgere mich ...

am meisten über Menschen, die meinen, alles zu wissen und vor allem alles besser zu wissen!.

9. In zehn Jahren werde ich ...

Rentnerin sein und hoffentlich bei guter Gesundheit mit meiner Familie und Freunden das Leben noch ein Stück genießen können.

10. Hätte ich einen Wunsch frei ...

wünschte ich mir Frieden überall auf der Welt, weniger Egoismus und mehr Mitmenschlichkeit.

11. Ich bin ...

gesund und zufrieden mit meinem Leben.

12. Glück ist für mich ...

dass meine Kinder anständige Menschen geworden sind, und ich bin froh, meine Enkelkinder gut behütet aufwachsen sehen zu können. Meine Aufgaben im Parlament erfülle ich gerne und freue mich, wenn ich Menschen bei ganz konkreten Sorgen und Problemen helfen kann.

„Jugend im Landtag“

25. bis 28. September 2018

■ Das Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“ ist volljährig! Ende September kommen zum 18. Mal Jugendliche aus ganz Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag, bringen ihre Themen und Ideen mit und diskutieren diese kreativ und konstruktiv mit Abgeordneten des Landtages.



Plakat: Landesjugendring

Tag der offenen Tür im Landtag



Foto: Manfred Sander

Politik muss nicht langweilig sein!

„Tag der offenen Tür“ im Landtag am 17. Juni lockte mehr als 20.000 Besucher ins Schweriner Schloss

■ Neuer Plenarsaal, Thronsaal, Schlosskirche, Niklothalle, Innenhof – und alles auf einen Streich: Diese Mischung von Information und Unterhaltung kam an. Der Strom der Besucherinnen und Besucher riss den ganzen Tag über nicht ab. Highlight war erwartungsgemäß der neue Plenarsaal. Die Möglichkeit, mal auf einem Abgeordneten-Platz zu sitzen und den modernen Saal ganz in Ruhe zu betrachten, ließ sich kaum jemand entgehen. Aber auch in den Fraktionen und im Innenhof herrschte reges Treiben.

Fazit der Akteure und Gäste gleichermaßen: Politik muss nicht langweilig sein, mit den Abgeordneten kann man reden, das Schloss ist toll, und der neue Plenarsaal richtig gut gelungen.



Im Haus lockte vor allem der neue Plenarsaal, im Schlosshof das bunte Programm auf der Dracula-Bühne.



Landespolitik zum Anfassen:



Riesenandrang am Info-Stand des Landtages



Thomas Krüger (SPD) im Gespräch mit Besuchern



Vincent Kokert (CDU) mit Besucherinnen

Fotos: Angelika Lindenbeck



Vizepräsidentin Beate Schlupp freut sich über den Besucherandrang.



Das Interesse für den neuen Plenarsaal war riesig.



Emelie und Tine sorgten mit für gute Stimmung.



Das also ist die Regierungsbank!



Blick in die Baustelle alter Plenarsaal

kennenlernen – informieren – diskutieren



Thomas de Jesus Fernandes (AfD) begrüßt Besucher. (Foto: AfD)



Dr. Wolfgang Weiß (DIE LINKE) im Gespräch mit Besuchern.



Christel Weißig (rechts, BMV) mit Besucherinnen
Foto: Landtag M-V



Foto: Cornelius Kettler



Der Bürgerbeauftragte Matthias Crone

Fotos: Angelika Lindenbeck



Der Landes-Datenschützer Heinz Müller



Eine Ausstellung erinnerte an die Ereignisse am 17. Juni 1953 in der DDR.



Im Programm war auch an die jüngsten Besucher gedacht.



Schüler vom Schweriner Fridericianum nach ihrer Schaudebatte mit den Abgeordneten Dr. Mignon Schwenke und Dietmar Eifler.

Die bunte Mischung von Information und Unterhaltung kam an!

Fotos: Angelika Lindenbeck



Beate Schlupp, Hans-Dieter Waedow (l.) und Norbert Rethmann vom Welterbe-Förderverein mit stolzen Preisträgern des diesjährigen Malwettbewerbs „Mein Welterbe in der Nachbarschaft“



Die Schweriner Volkszeitung war dabei.



Auch Antenne M-V wirkte am bunten Programm mit.



Der NDR öffnete sein Sendestudio im Schloss für die Besucher.



Nicht nur im Innenhof sorgten Künstler für gute Stimmung



Die Schlosskirche war ebenfalls für Besucher geöffnet.



Auf der WIR-Meile vor dem Schloss warben zahlreiche Vereine und Verbände für Demokratie und Toleranz.



Auch in die Niklothalle kommt man nicht alle Tage!

Erinnerung in Schönschrift

Seit 27 Jahren bereitet Heinz Kippnick Einträge für das Gästebuch des Landtages vor

■ An manchen Orten ist das goldene Buch wirklich golden. An anderen heißt es nur so. Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist es weder golden noch heißt es so. Hier ist es einfach ein Gästebuch bzw. sind es inzwischen drei Gästebücher – von außen eher schlicht, dafür aber mit so manch wertvollem Inhalt.

Königinnen und Botschafter, Kanzlerinnen und Minister, Gesandte und Präsidenten haben sich darin verewigt. Manche gleich mehrfach, so der mittlerweile verstorbene Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl am 6. Juni 1994 sowie vier Jahre später am 19. Juni 1998. Sein Nachfolger, Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, stattete Schwerin und dem Schloss offiziell einmal – und zwar am 17. Februar 1999 – einen Besuch ab mit Unterschrift im Gästebuch des Landtages. Amtsnachfolgerin Angela Merkel findet sich auf den büttenschweren Seiten noch als Ministerin. Als Kanzlerin hat sie sich – zumindest im Gästebuch des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern – noch nicht mit ihrem Signum verewigt.

Nicht immer lässt sich anhand der Unterschrift entziffern, wer da vor dem Buch gesessen und mit meist schwarzer, seltener mit blauer Tinte sein Signet hinterlassen hat. Aber dafür hat der Landtag Heinz Kippnick, inzwischen 90-jähriger Grafiker aus Schwerin. Seit März 1991 ist er für die Einträge zu Name, Funktion und Datum des erwarteten Gastes zuständig. „Besuch des Staatsministers Kenji Manabe am 27. März 1999“ steht zum Beispiel dort in Schönschrift mit einem goldfarbenen Strich unter dem Namen des Gastes. Oder „Besuch Seiner Majestät des Königs Carl XVI. Gustav und Ihrer Majestät Königin Silvia von Schweden am 29. April 1993“ oder „Antrittsbesuch des Bundespräsidenten



Die Unterschrift des damaligen US-Botschafters Vernon Anthony Walters holte der Mitarbeiter der Landtagsverwaltung Stephan Nolte nachträglich bei einem privaten Bonnbesuch ein.

und Frau Daniela Schadt in Mecklenburg-Vorpommern am 28. Mai 2013“. Bei „Deutsch-Französische Konsultationen am 30. Juli 2003“ hat der zur DDR-Zeit ausgezeichnete Gebrauchsgrafiker und Heraldiker aus Leidenschaft noch zwei Fahnen dazu gezeichnet.

„Das mache ich bis heute alles frei aus der Hand“, sagt Heinz Kippnick, der früher mit seinen Plakaten für den Blickfang in Schaufenstern sorgte oder engagiert wurde, um zum Beispiel das Pressefest plakatativ anzukündigen. Und auch Plakate, die vor den Gefahren des Alltags warnen, stammen aus seiner Feder. Viele Preise hat der bis nach Berlin angesehene Grafiker für seine Arbeiten bekommen. Dabei habe er sich das Meiste selbst beigebracht durch Ausprobieren, einfach Anfangen und viel Lesen. „Man muss einfach eine Idee haben“, sagt Heinz Kippnick, während er in seinem Atelier mit herrlichem Blick über ganz Schwerin herumläuft und Postkarten, Papierbögen mit Wappen, Plakate und Broschüren aus vergangenen Tagen zeigt. Wappen sind dabei seine eigentliche Leidenschaft.



Heinz Kippnick schreibt auch in digitalen Zeiten mit der Hand – in Schönschrift!

Die Anzahl der Städte und Dörfer, für die er in den vergangenen Jahrzehnten eines gestaltet hat, kann Heinz Kippnick auf Anhieb nicht sagen. Und auch die Einträge ins Gästebuch würden von ihm nicht gezählt. „Ich sehe die Leute ja auch gar nicht. Ich bekomme den Auftrag und das Gästebuch mit einem Zettel.“ Das Buch kommt dann wieder zurück in den Landtag – und dann kommen die Gäste zur Unterzeichnung zu dem Buch. Nur am Anfang der Geschichte des Gästebuches war es anders herum. Landtags-Justiziar Stephan Nolte war Anfang der 1990er-Jahre Referent im Landtag und hatte Heinz Kippnick für die Einträge ins Gästebuch gewinnen können. „Als der damalige US-Botschafter Vernon Anthony Walters bei uns im Schloss zu Besuch war, kam es nicht zum Eintrag ins Gästebuch“, erinnert sich Nolte. Er habe dann kurzerhand das Buch mitgenommen, als er an einem Wochenende privat nach Bonn gefahren sei, und habe sich in der US-Botschaft bei Walters die Unterzeichnung abgeholt. „In der Zeit damals haben wir viel improvisieren müssen“, so Stephan Nolte.

Inzwischen verlässt das Gästebuch nur noch für Heinz Kippnick das Schloss. So trägt er mit seinem besonderen Können mit dazu bei, dass auch der Besuch der kommenden hohen Landtags-Gäste in schöner Erinnerung bleibt.



Der „Tag der offenen Tür“ des Landtages war eingebettet in das Schweriner Schlossfest. Während am Sonntag die Landespolitik im Mittelpunkt stand, waren die Besucherinnen und Besucher am Sonnabend zu einer Reise zurück ins 19. Jahrhundert eingeladen.

Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin des Landtages, eröffnete das historische Fest (Foto oben); die 1. Vizepräsidentin Beate Schlupp bewies beim Öffnen der historischen Drehbrücke, dass auch Politiker(innen) zupacken können (Foto links).

Die Lichtszenierung "Son et Lumière" verzauberte das Schloss und die Zuschauer gleichermaßen.